

Als unannehmbar muß gerade heute Frauen auch manches erscheinen, was im Zusammenhang des männlichen Ordenszweiges undenkbar wäre, so auch ein Hinweis wie der, man solle keine „anspruchsvolle Arbeit“ und keine Arbeiten annehmen, die „geistige Konzentration“ verlangten, weil man so „dem Herrn keine Aufmerksamkeit mehr schenken“ könne. Bei der Verwendung des Begriffs „Welt“ muß der Text sich die Frage gefallen lassen, inwieweit sein Verständnis vereinbar ist mit der weitaus positiveren Sicht des Konzils in dieser Hinsicht. Zur Berücksichtigung des neuen *Kirchenrechts* heißt es in einer Stellungnahme, der Satzungsentwurf erwecke den „sicheren Eindruck, daß die Autoren den vom Konzil und von der nachkonziliaren Gesetzgebung aufgestellten Orientierungsrahmen nicht berücksichtigt und das legitime Prinzip einer gesunden Rechtsentwicklung auch im Ordensbereich außer acht gelassen“ hätten.

Die Ordenskongregation ist festgelegt

So massiv jedoch das Votum gegen den Textentwurf aus verschiedenen

Konventen auch ausfallen mag, wie es in der Sache weitergehen wird, ist schwer vorherzusagen. Für einen gänzlich neuen Anlauf ist es fast schon zu spät, da die Ordenskongregation in dieser Sache bereits allzu festgelegt ist. Immerhin drohte Casaroli in seinem Brief an Sáinz de Baranda vergleichsweise undiplomatisch mit der Entlassung aus dem Orden für diejenigen, „denen es nach einem angemessenen Zeitraum des Abwartens nicht gelingen sollte, sich in diesem eindeutigen karmelitanisch-teresianischen Lebensentwurf wiederzufinden“. Insofern fragt sich auch, inwieweit die Ordenskongregation überhaupt an der Meinung der Karmelitinnenklöster zu dem Entwurf interessiert ist und ob die Würfel nicht schon längst gefallen sind. Auf den Gehorsam der Mehrheit scheint man in Rom eher zu setzen als auf den der Minderheit: Eine Minderheit kann sich abspalten, aber eine Mehrheit nicht. Der Preis einer Orientierung an dem, was heute mehrheitlich als karmelitanische Spiritualität gelebt wird, wäre die Einheit; der Preis der Einheit bestenfalls die Tatsache, daß man mit dem Dissens in dem zu leben lernt, was als allgemein verbindlich definiert ist.

K. N.

benswelt. Bischof *Martin Kruse*, der Ratsvorsitzende der EKD, schrieb in seinem Vorwort zu „Christsein gestalten“: „Jetzt müssen wir zusammendenken, welche Möglichkeiten uns gegeben sind und wie sie genutzt werden können, um der Aufgabe einer missionarischen Lern- und Dienstgemeinschaft gerecht zu werden.“

Rückkehr zu urchristlichen Hausgemeinden?

Der Berliner Bischof kam auch zum Stuttgarter Kongreß, der unter dem biblischen Leitwort „Das Haus der lebendigen Steine“ stand. In seinem Eröffnungsreferat in der Stuttgarter Stiftskirche erinnerte Kruse an die *Schlüsselfunktion des Pfarrers* in der evangelischen Kirche. Die Pfarrer müßten ihre Rolle annehmen, aber „geistlich-kritisch mit ihr umgehen, daß sie dem Gemeindeaufbau dienen kann, daß sie die Vielfalt der Ämter und Dienste nicht hindert, sondern hilft, daß sie zum Zuge kommen.“ In die gleiche Richtung ging sein Hinweis, die Predigt des Pfarrers sei eine Hilfe zur Sprachfähigkeit des einzelnen Christen in der Gemeinde. „Wir wollen durch unser Predigen nicht andere mundtot machen, sondern ihnen das Herz und den Mund öffnen, daß sie auf ihre Weise und mit ihrer Erfahrung den Glauben bezeugen.“ Der Sinn des Kongresses sei nicht, den Pfarrern immer neue zusätzliche Arbeitsfelder zu erschließen; nicht Extensität, sondern Intensität sei in der evangelischen Kirche gegenwärtig das Gebot der Stunde.

Der Stuttgarter Kongreß bot allerdings doch ein recht extensives Programm. In Seminaren und Werkstätten konnten sich die Teilnehmer mit den Chancen der Bibel in der säkularisierten Gesellschaft ebenso beschäftigen wie mit der Bedeutung der Taufe für den Gemeindeaufbau oder der Gestaltung von Gemeindebriefen. Verschiedene Ansätze und Modelle von Mission und Evangelisierung in einer säkularisierten Gesellschaft wurden vorgestellt: Dabei war die „missionarische Doppelstrategie“ der

Gemeindeaufbau in der Volkskirche: evangelischer Pfarrerkongreß in Stuttgart

Ungewöhnlich an dem Kongreß, den die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste in der EKD vom 23. bis zum 26. Februar in Stuttgart veranstaltete, war schon die Teilnehmerzahl: Geplant war die Veranstaltung für etwa 500 Teilnehmer, es kamen aber dreimal soviel. Daß etwa jeder zehnte evangelische Pfarrer in der Bundesrepublik zu einem Kongreß mit dem Thema „Gemeinde bauen in der Volkskirche“ fuhr, ist ein weiteres Anzeichen dafür, wie sehr gegenwärtig im deutschen Protestantismus die Frage nach der Zukunft der Kirche virulent ist. Es war kein Zufall, daß in Stuttgart verschiedentlich

auf die 1986 bekanntgewordene Studie über die Strukturbedingungen der evangelischen Kirche auf längere Sicht Bezug genommen wurde (vgl. HK, August 1986, 380–383). Offenbar haben die Voraussagen der Studie über das wahrscheinliche Abbröckeln der Mitgliederzahlen und das schwindende gesellschaftliche Gewicht der evangelischen Kirche auf viele als Alarmzeichen gewirkt. Große Beachtung fand auch die im Auftrag des Rates der EKD letztes Jahr herausgegebene Studie „Christsein gestalten“ mit ihren Überlegungen zur Vermittlung von christlicher Botschaft und neuzeitlicher Le-

VELKD ebenso vertreten wie Evangelisationskonzepte aus dem evangelikal-pietistisch orientierten Flügel des deutschen Protestantismus. Der Hamburger Pfarrer *Wolfram Kopfermann*, einer der Protagonisten der charismatischen Bewegung im deutschen Protestantismus, stellte seine Überlegungen zu den Geistesgaben im Gemeindeaufbau vor. Auch die evangelischen Bruderschaften und Kommunitäten waren in Stuttgart vertreten. Die Erfahrungen mit der Arbeit in großstädtischen „City-Kirchen“ wurden ebenso berücksichtigt wie Probleme von Gemeinden im ländlichen Raum.

Was ist eine missionarische Gemeinde?

Es fehlte auch nicht an deutlich akzentuierten Positionsbestimmungen im Blick auf die gegenwärtige Situation und den künftigen Weg der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik. So urteilte der Tübinger Neutestamentler *Peter Stuhlmacher*, eine Kirche, der vor allem die jüngeren Mitglieder in Scharen davonliefen, habe nicht nur ihre soziale Integrationskraft, sondern auch ihre missionarische Glaubwürdigkeit eingebüßt. In seiner Bibelarbeit über Röm 12,1–8 schlug Stuhlmacher einen direkten Bogen von den paulinischen Anweisungen an die Gemeinden zur Kirche der Gegenwart: er plädierte dafür, wo immer es möglich sei, müsse die kirchliche Arbeit auf die Ebene der *Hausgemeinden* zurückgeführt werden. Paulus rufe aus großkirchlichen Zwängen und Träumen zurück zu den wesentlichen Ursprüngen kirchlichen Lebens: „Sie liegen bei den Haus- und Bekenntnisgemeinden.“ Der Tübinger Neutestamentler beklagte auch, daß in der Kirche zu viele Einzelgänger und Gruppen ihr jeweils individuelles Bekenntnis oder auch Nicht-Bekenntnis aufmachten; sie dächten gar nicht daran, sich zugunsten des kirchlichen Ganzen in ihrem Lebensstil einzuschränken oder auf eigene Freiheiten zu verzichten. Auch der Betheler Kirchengeschichtler *Gerhard Rubbach* vertrat die Mei-

nung, kleine Zellen, Hauskreise, seien eine vielversprechende Form kirchlichen Lebens von morgen. Er wünsche sich, daß in diesem Sinne aus dem Kongreß auch Folgerungen für das Theologie-Studium gezogen werden sollten, in dem die Gemeinschaftserfahrungen nach wie vor zu kurz kämen. Rubbach meinte, in Deutschland habe der „Rückzug vom christlichen Abendland“ schon stattgefunden; der kleine Kreis von Christen sei schon vielfach Wirklichkeit. Der Detmolder Superintendent *Ako Haarbeck* wiederum mahnte die Pfarrer in einer Bibelarbeit zum achten Kapitel des Deuteronomium, ihnen sei nicht religiöse Erbauung aufgetragen, „nicht Wiederholung der politischen Parolen von rechts und links, schon gar nicht das Plaudern über belanglose Richtigkeiten“. In der Predigt gehe es darum, die Gegenwart Gottes zu bezeugen, seinen richtenden und aufrichtenden Willen, seine Kraft, die in dem Schwachen mächtig sei. Gleichzeitig wies er darauf hin, er könne sich keine Erweckung in der Kirche vorstellen, die nicht aus dem Lobpreis der Gnade Gottes erwachse: „Die verbreitete Resignation ist die Kehrseite der Überschätzung der eigenen Kräfte und der eigenen Stärke.“ Grundsätzliche Überlegungen zum Gemeindeaufbau trug in Stuttgart der Erlanger Pastoral-Theologe *Manfred Seitz* vor, der dabei scharf mit Ansätzen zur Erneuerung der Kirche ins Gericht ging, die den Pluralismus von Kirchenbeziehungen betonen. Dabei äußerte er auch kritische Bedenken gegenüber dem Konzept der EKD-Studie „Christsein gestalten“. Die Verfasser der EKD-Studie sollten ihre Position und ihr Verständnis von Mission überprüfen. An die Anwälte einer „öffnenden Arbeit“ gerade in Großstädten richtete Seitz die Bitte, sie sollten unterscheiden, welche Maßnahmen missionarisch und welche immunisierend seien, weil sie die Menschen im Glauben beließen, man könne auch unter Umgehen der Entscheidung für Christus und der Bejahung der Gemeinde durch einen „universalistischen religiösen Glauben“ gerettet werden. Seitz brachte seine Anfragen folgendermaßen auf den

Punkt: „Das Problem, wie aus der Johann Sebastian Bach verehrenden Gemeinde die an Jesus Christus glaubende Gemeinde wird, ist ungelöst.“

Der Erlanger-Theologe skizzierte demgegenüber seine Vorstellung von der missionarischen Gemeinde: Ihre Glieder könnten mit der Bibel umgehen und hätten den Mut des Glaubens; in ihren Gottesdiensten werde immer wieder missionarisch gepredigt; in ihren Gruppen wisse man etwas von missionarischer Akzentuierung; ihr politisches Handeln sei nicht bevormundend, sondern pastoral. Seitz wehrte sich dabei gegen den Vorwurf, in einem solchen Konzept von missionarischem Gemeindeaufbau setze man auf eine kleine Truppe besonders Frommer und setze die übrige Gemeinde davon ab. Er kritisierte seinerseits Pfarrer, die sich der Lehre nicht mehr bewußt seien; das führe zu einer Profanierung der christlichen Geheimnisse durch Instrumentalisierung des Evangeliums und der Sakramente.

Warum nicht einmal ein gemeinsamer Kongreß?

Der Stuttgarter Prälat *Theo Sorg*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Missionarische Dienste in der EKD“, sagte am Ende des Kongresses, dieser sei mit seinem überwältigenden Echo ein Faktum, das die Evangelische Kirche in Deutschland nicht übersehen könne. Sicher wird der Kongreß nicht ohne Wirkungen auf die gegenwärtige Diskussion über Gemeindeaufbau und Mission im deutschen Protestantismus bleiben. Die Akzente, die in Stuttgart etwa Peter Stuhlmacher und Manfred Seitz setzten, blieben schon bei den Tagungsteilnehmern selber keineswegs unbestritten. Nicht umsonst resümierte ein epd-Kommentar zum Abschluß der Tagung, es habe in Stuttgart Anzeichen dafür gegeben, „daß auch der neue gemeinsame Nenner der missionierenden Volkskirche von dem gewohnten protestantischen Richtungsstreit wieder auseinanderdividiert werden könnte“ (epd, 27. 2. 87). Wahrscheinlich wird dieser Rich-

tungsstreit auch zum Vorschein kommen, wenn sich die Synode der EKD bei ihrer Tagung 1988 schwerpunktmäßig mit der Frage beschäftigen wird, wie man heute Christ wird und bleibt.

Der Stuttgarter Kongreß wurde nur wenige Monate vor dem Frankfurter Kirchentag abgehalten. Dort wird es schwerpunktmäßig wieder vor allem um die großen Fragen christlicher Weltverantwortung gehen bzw. um den Versuch, den Glauben im Eingehen auf die Fragen, Wünsche und Nöte der Zeitgenossen neu zu buch-

stabieren. Schon das Nebeneinander von Theologen-Kongreß über „Gemeinde bauen in der Volkskirche“ und Kirchentag belegt die Vielfalt des deutschen Protestantismus. An ihr hatte sich gerade auch die Studie „Christsein gestalten“ mit ihrem bewußten Nebeneinander von Ansätzen zur Erneuerung des kirchlichen und religiösen Lebens orientiert.

Kurz vor dem Frankfurter Kirchentag findet in München der vom Deutschen Katecheten-Verein veranstaltete Katechetische Kongreß statt, bei dem über die Möglichkeiten und

Schwierigkeiten der Weitergabe des Glaubens gesprochen werden soll. Er zeigt, wie sehr vielen Katholiken und Protestanten in der Bundesrepublik derzeit das gleiche Problem unter den Nägeln brennt, auch wenn es auf katholischer Seite stärker unter dem Stichwort Glaubensweitergabe und auf evangelischer Seite stärker unter den Leitbegriffen Gemeindeaufbau und Volkskirche angegangen wird. Vermutlich wäre es der Mühe wert, einmal eine größere katholisch-evangelische Gemeinschaftstagung zu diesem Themenfeld zu veranstalten. U. R.

Wie reformierbar ist das Sowjetsystem?

Chancen und Grenzen der Politik Gorbatschows

Noch läßt sich schwer abschätzen, was Gorbatschows neuer Kurs für die künftige Entwicklung der Sowjetunion bedeutet. Auch ein klares Konzept ist noch kaum erkennbar. Um so wichtiger ist eine politische Einschätzung der im System selbst liegenden Chancen und Widerstände. Astrid von Borcke vom Institut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln unterzieht im Blick darauf die bisherige Politik Gorbatschows einer eingehenden Analyse.

Zwei Jahre nach Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, kann man immer noch darüber streiten, ob seine als (quasi) revolutionär angekündigte „perestrojka“, die Transformation der Sowjetunion, nun wirklich zu einer solchen werden wird oder ob im Grunde doch alles so weitergeht wie zuvor. Geändert hat sich zweifellos der Stil der sowjetischen Führung – und Stil zählt in der Politik. Und es gibt auch eine neue „Dringlichkeit“, ein immer wieder heraufbeschworenes Krisenbewußtsein. Doch im Grunde, so betonen Skeptiker, hat sich am „Wesen“ des Systems bislang nichts geändert: die Partei betont weiterhin ihre „führende Rolle“ (herausgestellt im revidierten Parteiprogramm); es gibt weiterhin eine Mischung von Einmannregime und „kollektiver Führung“ im Politbüro; das erklärte Grundanliegen der Reformen – Verbindung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ mit den angeblichen „Vorügen“ des Sozialismus – ist nicht neu; es war bereits ein Leitmotiv Breschnews gewesen.

Die Gedanken zur Wirtschaftsreform knüpfen eher zaghaft an die Ideen der Reform von Ministerpräsident Aleksej N. Kossygin im Jahre 1965 an. Die angestrebte „Zivilisierung“ der Wirtschaft (zugunsten des Verbrauchers) ist noch Zukunftsmusik. Kurz, in der Sowjetunion

gibt es keine eigentliche „Revolution“, ja es gibt nicht einmal Reformkonzepte von gleicher Tragweite wie die der Prager Reformer vor zwanzig Jahren. In mancher Hinsicht folgt Moskau nur zögernd den Beispielen osteuropäischer „Bruderländer“. Es war zweifellos bedeutsam, daß Gorbatschow zu Beginn des neuen Jahres die Freilassung von etwa 140 gefangenen oder konfinierten Dissidenten verfügte, allen voran Andrej Sacharow. Doch Wojciech Jaruzelski war ihm auf diesem Weg bereits vorausgegangen, als er im September 1986 eine Amnestie für alle politischen Gefangenen erließ. Die für den sowjetischen Apparat so schockierende neue Idee Gorbatschows: Wahlen (aufgrund geheimer Stimmabgabe und unter mehreren Kandidaten, allerdings nicht unter Programmen oder gar Parteien) wurden bereits in Ungarn praktiziert. Die Idee der Selbstverwaltung in der Wirtschaft hat eine lange, wenn auch nicht sonderlich erfolgreiche Tradition in Jugoslawien. In der Landwirtschaft ist Deng Xiaoping in China viel weiter gegangen, und das mit spektakulärem Erfolg (auch wenn dort inzwischen politisch „gebremst“ wird und die neue Kampagne gegen allen „westlichen Liberalismus“ im Reich der Mitte mehr sein dürfte als ein Intermezzo).

Doch ungeachtet aller solcher Relativierungen bleibt doch eine entscheidende *Grundtatsache*: Diesmal gehen die Reformen von Moskau selbst aus, dem Zentrum der „Orthodoxie“ – zum ersten Mal seit den Tagen Chruschtschows –, und alle Reformkommunisten sehen sich durch sie bestätigt. Kein Wunder, wenn im konservativen Husák-Regime alte Konflikte wieder aufbrechen; wenn Erich Honecker zunächst betont auf Distanz hielt und Nicolae Ceauşescu rundheraus erklärte: „Man kann nicht von der Vervollkommnung des Sozialismus sprechen und